

## Ohne Wumms mix los

Zu: „Kaum noch Hoffnung für Attac & Co.“, FR-Politik vom 5. Dezember

Da sei nicht mehr viel „Wumms“ drin gewesen, in der Groko, meint Saskia Esken, aber seit sie und Walter-Borjans die SPD führten, sei das anders geworden. Was mag sie bloß meinen? Das Homeoffice-Gesetz vielleicht? Also: Die Arbeitnehmer haben jetzt das Recht – nein, nicht auf Homeoffice, sondern darauf, mit dem Arbeitgeber mal drüber zu reden. Beim besten Willen, ich höre da keinen Wumms (höchstens einen kleinen verklemmten F...).

Oder jetzt: Die SPD hat „durchgesetzt“, dass Klimaschutz steuerlich als gemeinnützig anerkannt wird. Das ist ihr fast 30 Jahre nach der historischen Konferenz von Rio eingefallen.

Wumms? Eher ein politisches Armutzeugnis, denn wenn Klimaschutz nicht gemeinnützig ist, was denn dann? Zudem gibt es dabei eine kleine Einschränkung. Die Gemeinnützigkeit gilt nur, wenn die Organisationen ihre Ziele nicht „überwiegend mit politischen Mitteln oder Forderungen an die Regierung verfolgen“. Mit anderen Worten also, wenn sie nur mal so mit der Regierung drüber reden wollen.

Kurt Tucholsky hat 1930 den Grundcharakter der SPD satirisch so zusammengefasst: „Man tut wat für die Revoluzion und man weiß janz genau, mit diese Partei kommt se bestimmt nich.“ Er hat immer noch recht.

Hartwig Cordts, Reinbek

## Substanzlose Parolen

Zu: „Ein erstes Jahr unter besonders widrigen Umständen“, FR-Politik v. 1.12.

Das erste Jahr der EU-Kommissionspräsidentschaft von der Leyens gleicht eher einer Nullnummer, und die lässt sich keinesfalls nur auf die widrigen Pandemie-Umstände schieben. Ihre vollmundige Ankündigung eines „Green Deal“ zum Beispiel ist eine substanzlose Parole geblieben. Wie und mit wem sie in der wachstumsfixierten Marktwirtschaft einen natur-schonenden Pakt schmieden will, ist weiterhin ihr Geheimnis. Die einflussreichen Marktakteure jedenfalls ziehen schon jetzt gegen die bestehenden EU-Auflagen zum Schutz der natürlichen Ressourcen vehement zu Felde und werden bei dem „Green Deal“ keineswegs aus freien Stücken mitmachen. Im Hinblick auf ihr Versprechen, der EU die „Sprache der Macht“ beizubringen, ist von der Leyen bereits kläglich eingebrochen und lässt sich von den vertragsbrüchigen Nationalegoisten in Polen und Ungarn auf der Nase herumtanzen.

Anstatt den erpresserischen Quertreibern in Warschau und Budapest rigoros den EU-Geldhahn zuzudrehen, erschöpft sie sich in typischer Merkelmanier in der Suche nach halbherzigen, unterwürfigen Kompromissen. Die erste Bilanz lässt befürchten, dass sich daran auch nichts ändern wird.

Joachim Bohndorf, Bensheim

## Will die CDU bürgerlich sein oder deutschnational?

Zu: „Schlechter Tag für die Medien“ und „Ein Geschenk für die AfD“, FR-Politik und -Meinung vom 9. Dezember

### Teile der CDU protegieren Gedankengut der AfD

Ministerpräsident Haseloff (CDU) verhindert die Abstimmung über die Erhöhung des Rundfunkbeitrages. Offensichtlich konnte er sich in seiner Landtagsfraktion nicht durchsetzen. Diese Fraktion hat erkennbar kein Problem damit, den Staatsvertrag zusammen mit der rechtsextremen AfD scheitern zu lassen. Wieder einmal macht sich die CDU mit Demokratiefeinden gemein. Dabei geht es wie in Thüringen nicht um die Sache. In beiden CDU-Landesparteien tobt ein Machtkampf. Die Bürgerlich-Konservativen gegen die deutschnationalen Konservativen, die entgegen jeder historischen Erfahrung Mehrheiten mit Rechtsextremen und Antidemokraten bilden wollen.

Diese Teile der CDU protegieren offen Gedankengut der AfD. Stahlknecht (CDU): „Das Soziale nach dem Nationalen versöhnen“ – „Durch den Schutz jüdischer Einrichtungen wird die Polizei daran gehindert, bei anderen Einsätzen rechtzeitig einzutreffen“ usw. So geht es Teilen der CDU in Sachsen-Anhalt nicht um die im Koalitionsvertrag festgelegte Beitragsstabilität. 86 Cent machen nicht mal die Inflation wett. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird infrage gestellt, ganz im Sinne der AfD.

Der persönliche Machtkampf zwischen Haseloff und Stahlknecht hat eine neue Runde erreicht. Ob Stahlknechts Entlassung den Einfluss der Deutschnationalen in der CDU einhegen wird, muss sich noch zeigen. Vor allem in den ländlichen Regionen mancher Bundesländer, nicht nur im Osten, sind die Unterschiede zwischen strukturskonservativ und rechtsextrem nur noch marginal. So verwundert es nicht, dass die CDU-Fraktion in Magdeburg bei ihrem Nein zum Staatsvertrag bleibt und so ihren Ministerpräsidenten zum Rückzug der Vorlage zwingt. Der Kampf hat nach



Die öffentlich-rechtlichen Sender wollen juristisch gegen die Blockade aus Sachsen-Anhalt vorgehen. DPA

Kommunal- und Landesebene nun wieder die Bundesebene erreicht. Merz unterstützt die CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Laschet ist dagegen.

Die Zusammenarbeit der CDU mit der AfD ist beileibe kein ostdeutsches Problem. Zum Beispiel versucht die CDU Kreistagsfraktion in Uelzen mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit gegen eine Integrierte Gesamtschule zu basteln. Jörg Kramer, Uelzen

### Wandelnde Litfasssäulen und üble Brutalität

Da kann Ministerpräsident Haseloff der Gebührenerhöhung nicht zustimmen, weil die Mehrheit seiner CDU im Land Sachsen-Anhalt sich dagegen ausspricht, obwohl er wohl selbst zustimmen würde. Unabhängig von Parteieinungen bewundere ich diese CDU-Haltung, sollten doch Rundfunk und Fernsehsender Programme von menschenverachtender Brutalität aussortieren. Und dass solche brutalen Krimis dann oft zur gleichen Zeit parallel auf den öffentlich-rechtlichen Sendern abgespielt werden, stellt

eine Gebührenerhöhung infrage. Hinzu kommen die Fußballspiele mit den Millionenkickern, die mit Werbung bepackt wie Litfasssäulen auflaufen, die ununterbrochene Bandenwerbung im Stadion, die Sportsendungen z.B. Wintersport oder Motorsport, wo Akteure und deren Geräte bis in die letzte Ecke mit aufdringlicher Werbung überladen sind.

Das Verhalten der CDU in Sachsen-Anhalt ist für viele Menschen bundesweit verständlich. Dass nur sie und die dortige AfD – wohl aus parteitaktischen Gründen – diese Programmgestaltungen ablehnen, ist für mich vor dem Hintergrund einer Art Steuererhöhung, die ohne sinnvolle Gegenleistung von den Verantwortlichen im Bundesgebiet durchgewinkt wird, unverständlich. Wulf Schmiedeknecht, Oberursel

### Die AfD hat ihre Ziele erreicht

Nun ist es also zum zweiten Mal in diesem Jahr passiert: Die Ost CDU, dieses Mal in Sachsen-Anhalt, paktiert wieder mit der AfD. Mit dem fadenscheinigen Argument

der Beitragsstabilität wird die Beitragserhöhung der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender verhindert. Dieser ist seit elf Jahren nicht erhöht worden!

Man wolle außerdem die Bürger in Corona-Zeiten nicht überfordern. Schade, dass beim Mindestlohn, der jahrelang von der CDU verhindert wurde und bei den Arbeitsverträgen in der Fleischindustrie, die nun wieder von der CDU zusammengestrichen worden sind, nicht an die gering Verdienenden gedacht wird. Hinzu kommt, dass Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener sich sowieso vom Rundfunkbeitrag befreien lassen können.

Was völlig unter den Tisch fällt, ist die, allen Unkenrufen zum Trotz, anhaltend hohe Akzeptanz der Öffentlich-Rechtlichen. Ob die CDU also mit dieser Aktion bei den Bürgern wirklich punkten kann, ist fraglich. Am Ende freut sich die AfD über den Erfüllungsgehilfen CDU und kann sich entspannt zurücklehnen: Ziel erreicht!

Sigrid Rienäcker via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/stahlknecht

## Unser Gesundheitswesen wurde auf Profit getrimmt

Zu: „Die Pflegeheime bereiten Sorgen“ und „Autoritäre Tendenz“, FR-Politik vom 4. Dezember und FR-Meinung vom 19. November

### So fördert das RKI Verschwörungstheorien

RKI-Chef Wielers „große Sorgen“ um Pflegebedürftige irritieren. Schon im Frühjahr war bekannt, dass etwa im Bezirk Tirschenreuth die vierfache Todesrate gegenüber dem schwedischen Durchschnitt auf dem fehlenden Schutz in Pflegeheimen beruhte. Am 1.9. besuchte ich meinen Onkel (87 Jahre, Dialysepatient) im Pflegeheim und trug eine apothekenfrische FFP2-Maske. Er nicht, denn den Gepflegten wurden keine Masken auferlegt oder angeboten. Dass dies wohl keine Ausnahme war, entnahm ich der Äußerung von Hendrik Streeck, für Barrieren zugunsten besonders zu schützender Personen sei der „Sommer nicht genutzt“ worden (FR vom 28.10.). Nun im Dezem-

ber ist das RKI immer noch besorgt, denn der Schutz in den Heimen „gelingt weniger gut“. Es werden keine Verbesserungen für die Heime empfohlen, sondern man empfiehlt der Allgemeinheit weiter die lumpigen Alltagsmasken, mit denen die Fallzahlen trotz Teil-Lockdown nicht wirklich sinken. Statt die wirksameren FFP2-Masken zu verteilen, die in riesiger Zahl vom Gesundheitsminister aus Steuergeldern überbeuert beschafft wurden. Hier bleibt die Glaubwürdigkeit von RKI und Regierung auf der Strecke, was Verschwörungstheorien fördert.

Wenn im Freien bei geringerer Ansteckungsgefahr polizeilich kontrolliert wird, ob Masken korrekt getragen werden, dann muss erst recht in Heimen überwacht werden, ob dort die Pflegebedürftigen geschützt werden.

Gerade ein CDU-Gesundheitsminister müsste dafür sorgen gemäß dem biblischen 4. Gebot (2. Mose 20, 12 „... auf dass du lange lebest“). Friedrich Gehring, Backnang

### Blick auf andere Aspekte dieser Pandemie

„Wo alle dasselbe denken, wird nicht viel gedacht“, musste bereits Karl Valentin vor langer Zeit feststellen. Diese Aussage trifft leider auch weitgehend auf die mediale Auseinandersetzung mit der Corona-Politik der Bundesregierung zu. Glücklicherweise gibt es einzelne Stimmen, die fundierte, konstruktive Kritik an bestimmten Maßnahmen und an fragwürdigen Entscheidungen äußern, ohne dass sie die grundsätzliche Notwendigkeit von Maske und Abstand infrage stellen.

Stephan Hebel fasst in seinem Leitartikel die wesentlichen Kritikpunkte zusammen: Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat auch das deutsche Gesundheitswesen vorwiegend auf Profit getrimmt. Damit sind negative Folgen für die Pandemiebekämpfung verbunden. Wie notwendig eine abwägende Auseinandersetzung mit den Corona-Maßnahmen ist, zeigt auch der lesenswerte Gastbeitrag von Susanne Göltzer (FR v. 17.11.). Wer nur die verengte Sicht mancher Virologinnen für absolut richtig ansieht, blendet alle anderen Aspekte der Pandemie völlig aus. Ich bin der FR dankbar für die Weitung des Blicks auf andere Aspekte und Sichtweisen dieser Pandemie.

Hermann Roth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/weihnacht2020